

. / .

### Vorinformationen

- **Freistaat Thüringen.** Polizeidienststellen.

Der Freistaat Thüringen plant, ein derzeit bereits durch die Polizei genutztes Gebäude in Leinefelde-Worbis zu erneuern (Sanierung oder Neubau) und zukünftig zwei Polizeidienststellen an diesem Standort unterzubringen. Dazu wird ein privater Partner gesucht, der die Planung, Finanzierung, schlüsselfertige Bauerrichtung und ausgewählte Leistungen des Gebäudemanagements übernimmt. Die Bauarbeiten sollen voraussichtlich in 2010 beginnen und in 2011 abgeschlossen sein.

**Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:234928-2009:TEXT:DE:HTML>

### Zuschlagserteilungen

- **Land Brandenburg.** Landtagsneubau.

Der Auftrag für Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung des neuen Landtags in Potsdam ist an ein Konsortium unter Führung der **Royal BAM** vergeben worden. Der Neubau auf dem Alten Markt soll unter weitestgehender Annäherung an das historische Vorbild des ehemaligen Potsdamer Stadtschlusses realisiert werden. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf rd. 120 Mio. Euro.

**Quelle:** <http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.171569.de>

- **Universität Gent (Belgien).** Studentenappartements.

Auch in Belgien ist die **Royal BAM** zum Zuge gekommen: Für die Universität Gent wird sie im Rahmen eines PPP-Projektes rd. 650 Studentenwohnungen nebst Tiefgarage errichten und auch die bauliche Neugestaltung des Universitätsrestaurants übernehmen. Gesamtvolumen: ca. 100 Mio. Euro.

**Quelle:** <http://www.bam.nl/> (Pressemeldung vom 21. August 2009).

- **Slowakei.** Financial Close für den Bau der Schnellstraße R1 erreicht.

Die aus **VINCI Concessions** (50%) und **Meridiam Infrastructure** (50%) bestehende Konzessionsgesellschaft GRANVIA hat eine Finanzierungsvereinbarung für die 30-jährige öffentlich-private Partnerschaft zum Bau der Schnellstraße R1 geschlossen, die ein Investitionsvolumen von mehr als 1,2 Mrd. Euro darstellt. Das Projekt umfasst die Finanzierung, Planung, Errichtung, Bewirtschaftung und Erhaltung der vierstreifigen Schnellstraßenverbindung Nitra - Tekovské Nemce östlich von Bratislava (52 km Gesamtlänge) sowie die Umgehung der Stadt Banská Bystrica.

**Quelle:** <http://www.vinci.com/vinci.nsf/de/pressemitteilungen/pages/20090827-1858.htm>

### Weitere Informationen

- **Erfolgsgeschichte PPP – hier sprechen die Nutzer.**

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat als Reaktion auf die zunehmende Kritik an Öffentlich-Privaten Partnerschaften Nutzer verschiedener Projekte nach ihren Erfahrungen und der Zufriedenheit mit dem ÖPP-Projekt befragt. Die Einschätzungen waren überaus positiv und können unter folgendem Link angesehen werden: <http://www.ppp-plattform.de/>

- **Land Baden-Württemberg.** Landtagsdebatte über Rechnungshof-Mitteilung.

Am 09. Juli 2009 fand im Landtag von Baden-Württemberg eine Aussprache über die Beratende Äußerung des Rechnungshofes zur „Wirtschaftlichkeitsanalyse von ÖPP-Projekten der 1. und 2. Generation bei Hochbaumaßnahmen des Landes“ (vgl. *PPP-Newsletter 6/2009 vom 20.03.2009*) statt. In seiner Mitteilung hatte der Rechnungshof wissen lassen, dass er PPP-Projekten der zweiten Generation sehr kritisch gegenübersteht.

Finanzstaatssekretär Fleischer erklärte, dass das Land auch in Zukunft PPP-Projekte realisieren wird, wenn es wirtschaftlich ist. Die Belange des Mittelstands sollen angemessen berücksichtigt werden.

**Quelle:** <http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Meldungen/211955.html?referer=88529>

Der Landtag stimmte mehrheitlich folgender Beschlussempfehlung zu:

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4689\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4689_D.PDF)

- **Schleswig-Holstein.**

- **Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) Kiel.** Sachstand.

Die beruflichen Schulen in Kiel sollen zu Regionalen Berufsbildungszentren zusammengefasst und dabei umfangreich saniert bzw. neu errichtet werden (*wir berichteten mehrfach*). Nach jetzigem Sachstand ist geplant, drei Neubauten in gesonderten Ausschreibungen als PPP-Projekte zu realisieren (Investitionsvolumen zusammen 63,6 Mio. Euro) und die Sanierungsmaßnahmen (geschätzte 38.8 Mio. Euro) als herkömmliche kommunale Baumaßnahme durchzuführen. Das Land will an seiner zugesagten Förderung (18 Mio. Euro) festhalten.

**Quelle:** <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/umdrucke/4500/umdruck-16-4562.pdf>

- **PPP-Projekt Landesstraße L 192.** Abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Nach Durchführung des europaweiten Vergabeverfahrens für das PPP-Projekt „Erneuerung und Erhaltung der Landesstraße L 192“ liegt ein Angebot des bevorzugten Bieters vor. Die Abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (AWU) hat einen Wirtschaftlichkeitsvorteil der PPP-Variante in Höhe von 18% ergeben. Wirtschafts- und Finanzausschuss des Landtages beraten am 03.09.2009 über die Auftragsvergabe. Kurzfassung der AWU unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/umdrucke/4500/umdruck-16-4554.pdf>

- **CSU-Positionspapier.** Positionspapier zu PPP im Straßenbau.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat ein Positionspapier zur Weiterentwicklung von PPP beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erarbeitet. Danach sollten die bisherigen PPP-Modelle mittelstandsfreundlich zu Funktionsbauverträgen weiterentwickelt werden. Hierbei übernimmt der private Partner sowohl den Bau als auch die anschließende Erhaltung des Straßenbauprojektes für 20 bis 30 Jahre, während die Finanzierung mit öffentlichen Mitteln erfolgt. Zum Download unter:

[http://www.klaus-hofbauer.de/acononCMS/upload/chefredakteur/2009\\_08\\_03\\_MdB\\_Hofbauer\\_Positionspapier\\_PPP\\_endg.pdf](http://www.klaus-hofbauer.de/acononCMS/upload/chefredakteur/2009_08_03_MdB_Hofbauer_Positionspapier_PPP_endg.pdf)

- **Stadt Hechingen.** Bürgerentscheid zum PPP-Schwimmbad.

Im *PPP-Newsletter 12/2009 vom 19.06.2009* hatten wir über die Entscheidung des Gemeinderates Hechingen berichtet, den Zuschlag zu Sanierung, Finanzierung und 30-jährigem Betrieb des Hallen- und Freibades an die **s.a.b. gmbh & co.kg, Friedrichshafen**, zu erteilen. Gegen diesen Beschluss hat es ein Bürgerbegehren gegeben, auf dessen Grundlage es nun am 18. Oktober 2009 einen Bürgerentscheid geben wird. Damit sind nun die Bürger gefragt, ob Sie einem PPP-Projekt zustimmen oder nicht.

**Quelle:** <http://www.schwarzwaelder-bote.de/wm?catId=79053&artId=14143365&offset=5>

- **Niederlande.** Neuer PPP-Internetauftritt.

Mitte Juni 2009 ist in den Niederlanden ein neues PPP-Portal frei geschaltet worden, das vom Finanz- und Verteidigungsministerium sowie Rijkswaterstaat und Rijksgebouwendienst betrieben wird. Die Website bietet aktuelle Informationen zum Thema PPP sowie einen Überblick über abgeschlossene, laufende und geplante Projekte. Darüber hinaus sind auch Musterverträge, Leitfäden und andere Unterlagen abrufbar. **Internet-Adresse:** <http://www.ppsbijhetriek.nl/>

- **Europäisches PPP-Kompetenzzentrum.** PPP und Finanzmarktkrise

Im *PPP-Newsletter 19/2008 vom 10.10.2008* hatten wir über die Gründung des Europäischen PPP-Kompetenzzentrums (European PPP Expertise Centre - EPEC) berichtet. In einem aktuellen Paper mit dem Titel „The financial crisis and the PPP market - Potential Remedial Actions“ macht die EPEC Vorschläge, wie öffentliche Auftraggeber und Regierungen in der gegenwärtig schwierigen Situation weiterhin PPP-Projekte ermöglichen und befördern können. Zum Download:

[http://www.eib.org/epec/infocentre/documents/EPEC\\_Credit\\_crisis\\_paper-abridged.pdf](http://www.eib.org/epec/infocentre/documents/EPEC_Credit_crisis_paper-abridged.pdf)

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)  
<http://www.BWI-Bau.de>



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Thüringen, Beschluss vom 24. Juni 2009 – 250-4002.20-3114/2009-005-SOK**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2784>

### **Berücksichtigung von personenbezogenen Referenzen**

Die Vergabestelle schrieb im Offenen Verfahren europaweit die ausrüstungstechnische Komplettierung eines Pumpwerkes aus. Konkret ging es für die spätere Antragstellerin um die maschinen-technische Ausrüstung. Die Bieter hatten zum Nachweis ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter anderem Referenzprojekte zu benennen, die hinsichtlich der technischen Anforderungen und dem Umfang vergleichbar sind. Die Antragsstellerin hatte das preisgünstigste Angebot abgegeben und ihrem Angebot „Firmenreferenzen und persönliche Referenzen“ beigefügt. Im Rahmen der Angebotsprüfung verneinte die Vergabestelle die fachliche Eignung der Antragsstellerin und berief sich insoweit auf mangelnde Referenzen. Bei der Bewertung wurden u.a. auch solche Referenzen nicht bewertet, die der Geschäftsführer bzw. der Projekt- und Bauleiter noch zu einer Zeit sammelten, als sie bei einem anderen Unternehmen beschäftigt waren.

Die Vergabekammer lehnte den zulässigen Nachprüfungsantrag als unbegründet ab und schloss sich der Argumentation der Vergabestelle an. Dabei legte die Vergabekammer die Berücksichtigungspflicht von persönlichen Referenzen wie folgt aus: Solche könnten mit Firmenreferenzen jedenfalls dann nicht gleichgesetzt werden, wenn komplexe Bau- und Verfahrensabläufe den Auftragsgegenstand bildeten und die Tätigkeit und Fachkunde von vielen Mitarbeitern bzw. eines ganzen Unternehmens notwendig sei, um die Leistung zu erbringen. Da die Antragstellerin auch nicht habe vortragen können, dass sie weitere Mitarbeiter des seinerzeit tätigen Unternehmens übernommen habe, sei der erforderliche Nachweis der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens nicht geführt.

Der Beschluss der Vergabekammer überzeugt für Prüfung von Referenzen für komplexe Bauleistungen oder auch Betriebsleistungen wie im PPP-Bereich. In der Tat sagt die Übernahme eines Mitarbeiters, mag er auch in verantwortungsvoller Position in dem anderen Unternehmen gearbeitet haben, wenig über die Eignung des neuen Unternehmens aus. Anders sieht die Beurteilung der Referenzen bspw. von Architekten aus. Hier ist es sogar geboten, nicht nach den Firmenreferenzen zu entscheiden, sondern allein auf die persönlichen Referenzen des oder der Architekten, deren Mitwirkung in dem PPP-Projekt verbindlich zugesagt wird, abzustellen. Gleiches gilt im Übrigen für die Auswahl der technisch-wirtschaftlichen oder der juristischen Berater durch die Vergabestelle im Vorfeld eines PPP-Projektes.

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

